

© Kurt Bauer 2006

Erschienen in: Die Presse – Spectrum, 6. Mai 2006.

**Hinweis:** Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um die ungekürzte Variante des im „Spectrum“ veröffentlichten Textes. Weiters habe ich am Schluss Literatur- und Quellenhinweise sowie einige Anmerkungen zu weiteren, im Beitrag nicht erwähnten Aspekten des Phönix-Skandals hinzugefügt.

## Diskrete Gebarung

Selbstherrliche Manager. Dubiose Geschäfte. Politiker, Beamte, Presseleute als „Spendenempfänger“. Konkurs. – Über den Zusammenbruch des marktbeherrschenden österreichischen Versicherungskonzerns Phönix: ein Finanzskandal der Ersten Republik.

Am 18. Februar 1936 brachte die „Neue Freie Presse“ auf Seite 4 eine längere Meldung. Dr. Wilhelm Berliner, der 54-jährige Direktor der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix, habe sich am Vortag – leider zu spät – einer schon länger angeratenen dringenden Operation unterzogen und sei dabei von einem raschen Tod ereilt worden. Mit ihm sei ein glänzender Organisator und hervorragender Versicherungsfachmann dahingegangen. Ähnlich das Echo in den anderen Blättern: Nur dem Finanzgenie Berliner könne man es verdanken, dass die Phönix nach dem Weltkrieg einen solch großartigen Aufstieg erlebt habe.

Einen guten Monat nach dem Begräbnis Berliners in einem Ehrengrab der Israelitischen Kultusgemeinde geriet die Phönix wiederum in die Zeitungen. Zum Zweck einer „Reform des Privatversicherungswesens“ wurden auf einen Schlag vier Gesetze verkündet. Anlässlich des „Direktionswechsels“ bei der Phönix seien nämlich, so hieß es im Regierungskommuniqué wörtlich, „bei dieser Gesellschaft Unzukömmlichkeiten in der Gebarung“ festgestellt worden. Diese kryptische Anmerkung reichte, um eine gewaltige Aufregung zu verursachen.

Was war geschehen? Am 24. Februar hatte der neue Direktor, Eberhard Reininghaus, die Agenden Berliners übernommen, am 28. aus der Kassa erfahren, dass für die fällige Lohnauszahlung keine Mittel zur Verfügung stünden und am 29. vom Chefbuchhalter ein verschlossenes Kuvert überreicht bekommen – mit der Bemerkung, dieses enthalte die „richtigen Bilanzen“. Reininghaus schaltete daraufhin den Finanzminister und den Nationalbankpräsidenten ein. Über die nachfolgenden hektischen Aktivitäten ist wenig bekannt, aber am 25. März beschloss der Ministerrat unter heftigen Kontroversen schließlich die vier Phönix-Gesetze.

Die Gründe für den Aufstieg und Fall des 1882 gegründeten Unternehmens sind überaus komplex. Bis zum Ersten Weltkrieg war die Phönix eine von vielen aufstrebenden Versicherungsgesellschaften Österreich-Ungarns gewesen. Als die Monarchie zusam-

menbrach, zog sich die Phönix unter ihrem agilen Direktor Berliner nicht auf die klein gewordene Alpenrepublik zurück, sondern expandierte und baute die Auslandspräsenz sukzessive aus. Sie übernahm zahlreiche nicht oder nur mangelhaft gedeckte Portefeuilles anderer Gesellschaften, was einen enormen Zuwachs an Marktanteilen bedeutete. Allerdings machte diese Politik verstärkte Neuakquisitionen nötig, um übernommene und bestehende Verpflichtungen einhalten zu können.

Das gesellschaftliche Klima der zwanziger Jahre kam der Phönix zugute. Durch die vielen Bankenzusammenbrüche war das Publikum misstrauisch geworden und veranlagte immer mehr Geld in scheinbar sicheren Lebensversicherungen. Zudem ließen sich für die Phönix im Handel mit Wertpapieren enorme Gewinne erzielen. Mitte der dreißiger Jahre beherrschte sie zwei Drittel des österreichischen Marktes und war die drittgrößte Lebensversicherungsgesellschaft des Kontinents mit Niederlassungen in 23 Ländern. Unter den tristen Umständen der Zwischenkriegszeit ein wahrhaft erstaunliches Unternehmen, der einzige multinationale Konzern Österreichs.

Aber trotz aller Erfolge glich die Geschäftspolitik der Phönix zunehmend einer panischen Flucht nach vorne. „Dubiose Finanzgeschäfte“, wie es ist in den Untersuchungsberichten heißt, wurden immer häufiger. Um die ständig bedrohte Liquidität zu erhalten, tätigte man Neuabschlüsse um fast jeden Preis, oft zu haarsträubenden Konditionen. Die Werbe- und Betriebskosten waren enorm hoch, die Provisionen der Versicherungsvertreter mehr als ansehnlich, die Tarife konkurrenzlos günstig, letztlich aber unwirtschaftlich. Den Kunden gegenüber trat die Phönix sehr kulant auf, und die eigenen Angestellten wurden generös behandelt.

Bereits 1929 betrug das Defizit 80 Millionen Schilling. Die Phönix half sich so, wie es Unternehmen bis heute tun: mit verspätet vorgelegten, unvollständigen, undurchschaubaren, letztlich gefälschten Bilanzen. 1936, als alles aufflog, hatte das Defizit die schwindelnde Höhe von 250 Millionen Schilling erreicht, fünf Prozent des österreichischen Volkseinkommens dieses Jahres. Nicht weniger als 330.000 Österreicher waren zu diesem Zeitpunkt bei der Phönix lebensversichert. Durch die vier Gesetze von Ende März 1936 sollte die Gesellschaft saniert werden – zulasten sämtlicher Privatversicherungsnehmer und Privatversicherungsangestellten in Österreich, nicht auf Kosten der Staatskasse. Allerdings zeigte sich schon Anfang April, dass ein Konkurs nicht zu verhindern war. Eine Auffanggesellschaft wurde gegründet, die Phönix liquidiert, 1300 Angestellte entlassen.

Aber hinter dem Zusammenbruch steckten mehr als nur riskante Gebarung und Managementfehler. Im Nachlass Berliners fanden sich nämlich umfangreiche Listen mit „Spendenempfängern“. Wie sich herausstellte, hatte die Phönix im Laufe der Jahre ein engmaschiges Netz geknüpft, in dem sich vor allem drei Gruppen verfangen: Politiker, Beamte und Presseleute. Zionistische Organisationen wurden vom Juden Berliner ebenso unterstützt wie die antisemitische Großdeutsche Volkspartei und sogar die NSDAP; die einflussreiche monarchistische Bewegung erhielt gleichfalls reichliche Zuwendungen, eine sozialdemokratische Teilorganisation ein überaus günstiges Darlehen. Besonderer Gunst erfreute sich der Landbund. Kein Wunder: Diese kleine deutschnationale Bauernpartei stellte in den Regierungskoalitionen durch Jahre den Innenminister. Und genau dort, im Innenministerium, war die staatliche Versicherungsaufsicht angesiedelt.

Vor allem aber hatten die Vertreter des autoritären Regimes von den großzügigen Darlehen, Spenden, Geschenken, Unterstützungen, Provisionen, lebenslangen Leibrenten, bestens bezahlten Pöstchen, überdurchschnittlichen Honoraren für unterdurchschnittliche Leistungen, Remunerationen, Gratispolizzen etc. profitiert. Das Mindeste, das ein Minister erwarten durfte, scheint eine von der Phönix gratis eingerichtete Herrschaftswohnung in einem ihr gehörenden Haus gewesen zu sein. Der bankrotte Fürst Starhemberg wurde vermutlich unter anderem mit Hilfe der Phönix saniert, seine Heimwehr wahrscheinlich durch Jahre mit hohen Summen unterstützt. Sozialdemokratischen Quellen zufolge finanzierte die Phönix den gesamten Propagandaaufwand des Katholikentages 1933 in Wien, in dessen Rahmen Dollfuß seine berüchtigte Trabrennplatzrede hielt. Oder, eine bezeichnende Kleinigkeit: Die Gattin von Bundeskanzler Schuschnigg bekam von Berliner 28.000 Schilling für eine Pilgerfahrt katholischer Frauen nach Rom.

Im Sinne des Regimes agierte Berliner auch, als er die Filialen der Phönix selbstlos für die Zeichnung der 1933 aufgelegten Trefferanleihe zur Verfügung stellte. Im selben Jahr widmete sich die Phönix der Intensivierung des österreichischen Fremdenverkehrs; zehntausende Prospekte wurden gedruckt (auf eigene Kosten) und über die Filialen im In- und Ausland verteilt. Nicht gerade das Kerngeschäft einer Lebensversicherungsgesellschaft.

Beamte in wichtigen Positionen kamen ebenfalls häufig in den Genuss besonderer Aufmerksamkeiten. So scheint die Phönix in den meisten Ländern die Leiter der jeweiligen Aufsichtsbehörden im Sack gehabt zu haben. Verbürgt ist das für Österreich, wo der zuständige Sektionschef Ochsner nach Auffliegen der Affäre Selbstmord verübte, und für die Tschechoslowakei. Reichliche Mittel flossen an die Presse – einerseits regulär in Form von Inseraten („hypertrophe Ausgestaltung des Werbeapparates“ nannte das die Amtliche Nachrichtenstelle), andererseits in Form von diskret überreichten Geldkuverts. Es ist wahrscheinlich, dass manche Journalisten (wie übrigens auch Rechtsanwälte) als Mittelsmänner zu Politikern dienten. So hatte allein der Zeitungsherausgeber Regierungsrat Ernst Klebinder die gewaltige Summe von mehr als 600.000 Schilling übernommen. Für wen? Wenige Tage, nachdem sein Name enthüllt worden war, tötete sich Klebinder durch die Einnahme von Zyankali selbst.

Wer war eigentlich dieser Wilhelm Berliner, der all dies heraufbeschworen hatte? Zweifellos verfügte der 1881 in Wien Geborene über außerordentliche Begabungen – als Versicherungsmathematiker, Jurist, Organisator, auf finanztechnischem Gebiet; zudem beherrschte er sechs bis acht Fremdsprachen. Er galt schlichtweg als *die* führende internationale Kapazität im Versicherungswesen. 1919 war er Berater der österreichischen Delegation in St. Germain, und auch in weiterer Folge wurde er von den wechselnden Regierungen regelmäßig in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen konsultiert. Persönliche Bereicherung gehörte definitiv nicht zu seinen Motiven. Der Junggeselle wohnte – als Chef eines internationalen Konzerns wohlgemerkt – in einem gemieteten Zimmer in der Wiener Innenstadt, wenige Schritte von seinem Büro entfernt. Offensichtlich stellte er den Aufstieg seines Unternehmens und die Gunst der Mächtigen über alles. Berliner, scheint es, konnte nicht Nein sagen und wollte es jedem recht machen. Und die politische Kaste in Österreich dürfte ihn und die Phönix als eine Art Goldesel betrachtet haben.

Bei internen Vorhalten wegen der Lage des Unternehmens hatte Berliner immer wieder das Argument gebraucht: „Die Regierung weiß alles!“ Tatsächlich waren die finanziellen Schwierigkeiten der Phönix den Verantwortlichen nicht entgangen. Sie hatten trotzdem nichts unternommen, sondern im Gegenteil immer wieder diskret zugunsten der Phönix interveniert. Erst unter dem Druck des totalen Zusammenbruchs, der gewaltig brodelnden Gerüchteküche und der allgemeinen Verunsicherung ergriff die Regierung halbherzige Aufklärungsmaßnahmen. Eine Untersuchungskommission führte dazu, dass einige an sich bereits halb ausrangierte vaterländische Würdenträger zurücktreten mussten. Der Bekannteste unter ihnen war Bundeskanzler, Minister und Parteichef a. D. General der Infanterie Carl Vaugin, den Dollfuß 1933 als Minister abserviert und dem er dafür zahlreiche gut dotierte Posten zugeschanzt hatte, darunter den eines Vizepräsidenten des Verwaltungsrates der Phönix.

Mit Sicherheit waren noch viele andere Größen tief in die Angelegenheit verstrickt. In weit verbreiteten, heimlich von Hand zu Hand weitergegebenen Flugschriften der verbotenen Parteien – die per se nicht mehr oder weniger vertrauenswürdig sind als die offiziellen Darstellungen – wurden genüsslich klangvolle Namen und die damit verbundenen Summen zitiert: ehemalige Bundeskanzler, ehemalige und noch aktive Minister, namhafte Kammerfunktionäre, Wirtschaftsführer, Vertreter der Hochbürokratie und sonstige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Gerichtlich wurden diese Vorwürfe nie geklärt. Aber der Ständestaat war in den Augen der österreichischen Bevölkerung moralisch hoffnungslos kompromittiert. Kurze Zeit nach dem Auffliegen der Affäre, am 11. Juli 1936, schloss Österreich ein Abkommen mit Hitler-Deutschland, das letztlich den Weg zum „Anschluss“ ebnete sollte. Dieses „Juliabkommen“ war, wie Bundeskanzler Schuschnigg vor seinen Ministern eingestand, nicht aus innerem Drang, sondern „unter dem Zwang der Stunde“ zustande gekommen. Der Phönix-Skandal hatte dazu zweifellos wesentlich beigetragen.

#### **Literatur:**

Ackerl, Isabella: Der Phönix-Skandal. In: Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Hg. v. Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck. Wien 1977. S. 241–279.

Mosser, Alois; Roloff, Marita: Wiener Allianz, gegründet 1860. Wien 1992.

Roloff, Marita: Die Entwicklung der Lebensversicherung in Österreich zwischen 1873 und 1936. In: Versicherungsgeschichte Österreichs. Bd. 2. Wien 1988.

Wohnout, Helmut: Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich. = Studien zur Politik und Verwaltung, Bd. 43; Wien, Köln, Graz 1993. S. 380–392 (Kapitel „Erschütterung durch den Phönix-Skandal“).

#### **Quellen:**

ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Wien, Ktn. 5196, Gz. 313.442/36 – Sammelakt „Phönix“; weiters die einschlägigen österreichischen Tageszeitungen, unter anderem die „Neue Freie Presse“ (Februar bis April 1936) und die „Reichspost“ (Februar bis September

1936). Die wichtigste Quelle ist in meinen Augen die „Brünner Arbeiterzeitung“, die nach dem Verbot vom Februar 1934 14-tägig in Brunn hergestellt und nach Österreich geschmuggelte Ausgabe der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“, die sich zwischen April und August 1936 ausführlich mit dem „Phönix-Skandal“ befasste.

### **Anmerkungen:**

1. Durch die Veröffentlichung im „Spectrum“, wo naturgemäß nur begrenzter Raum zur Verfügung stand, war es nicht möglich, gewisse interessante Aspekte so ausführlich darzustellen, als es wünschenswert gewesen wäre. Daher sei ausdrücklich auf den oben erwähnten umfangreichen Beitrag von Isabella Ackerl aus dem Jahr 1977 sowie die anderen genannten Arbeiten verwiesen.

2. Zudem fiel durch notwendig gewordene redaktionelle Kürzungen am Schluss der Zeitungsproduktion die Tatsache unter den Tisch, dass Berliner jüdischer Herkunft war. Diesem Aspekt kam aber gerade im Kontext der 1930er Jahre große Bedeutung zu – und wurde von den Nationalsozialisten in ihrer Propaganda skrupellos ausgeschlachtet („Versicherungsjude Berliner“). Dabei hatte Berliner – in seinem Bemühen, sich *allen* Seiten anzudienen – immer auch die NSDAP mit finanziellen Mitteln bedacht; zudem hatte die Phönix auch in der NS-Presse eifrig Inserate geschaltet.

3. Die Rolle des ehemaligen niederösterreichischen Landeshauptmannes, Finanzministers und Bundeskanzlers **Karl Buresch** von der Christlichsozialen Partei wird vermutlich nie mehr restlos geklärt werden können. In der „Brünner Arbeiterzeitung“ wird er als Nehmer einer nach damaligen Begriffen äußerst ansehnlichen Summe genannt, die er sich durch sein Agieren als Finanzminister im Sinne der Phönix „verdient“ haben soll. Dieser Hinweis allein schien mir nicht ausreichend, Buresch in meinem Beitrag namentlich zu erwähnen.

Ein Leser des Artikels schrieb mir, dass er darin den Namen Buresch vermisst habe. Telefonisch teilte er mir in weiterer Folge mit, dass es in der Industriellenvereinigung, wo sein Vater damals eine wichtige Funktion innehatte, ein offenes Geheimnis gewesen sei, dass Karl Buresch wegen der Phönix-Affäre Selbstmord verübt habe.

Die Umstände des Todes von Karl Buresch sind tatsächlich nicht restlos geklärt, wie aus einer biografischen Skizze von Gertrude Enderle-Burcel hervorgeht (Enderle-Burcel, Gertrude: Karl Buresch, 1878 bis 1936. In: Weissensteiner, Friedrich; Weinzierl, Erika [Hgg.]: Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk. Wien 1983. S. 174–188). Selbstmord ist aber wahrscheinlich. Zudem war Buresch zum Zeitpunkt seines Todes (16. September 1936) noch in die Bosel-Affäre verstrickt, die eher als der Phönix-Skandal als Auslöser für seine Depressionszustände angesehen wird.

Bemerkenswert ist allerdings eine seltsame Koinzidenz:

Ende Juni 1936 fand am Wiener Landesgericht eine Verhandlung wegen Amtsbestechung gegen einen Amtssekretär des Zentral-Tax- und Gebührenbemessungsamtes statt. Dem Finanzbeamten wurde vorgeworfen, von Berliner bestochen worden zu sein, sodass sich seit 1931 Gebührenrückstände in Höhe von sechseinhalb Millionen Schilling anhäufen konnten. Der zweifellos unredliche Beamte wehrte sich mit dem Hinweis, aufgrund von ausdrücklichen Weisungen des Ministeriums nichts gegen die Gebührenrückstände unternommen zu haben. Die Vergehen des von der Phönix seit 1931 finanziell „unterstützten“ Beamten fielen in den Zeitraum, als Karl Buresch Bundeskanzler (20. 6. 1931–20. 5. 1932) und Finanzminister (10. 5. 1933–17. 10. 1935) gewesen war. Ein derartig hoher Gebührenrückstand hatte, gerade im Fall des

prominenten und einflussreichen Generaldirektors Berliner und der Phönix, offensichtlich nicht allein durch das Verschulden eines Amtssekretärs entstehen und un bemerkt bleiben können – wie auch aus den Zeugenaussagen am zweiten Tag des Prozesses deutlich hervorging. An diesem zweiten Tag wurde der Prozess auf längere Zeit unterbrochen. (Siehe „Reichspost“, 25. und 26. Juni 1936, jeweils Seite 10.)

Der Prozess wurde am 17. September 1936 wieder aufgenommen – einen Tag nach dem vermutlichen Selbstmord des durch eine Krankheit geschwächten Karl Buresch! (Siehe „Reichspost“, 17. September 1936, Seiten 1, 2 und 7.) Am 19. September wurde der bestechliche Finanzbeamte zu zwei Jahren Haft verurteilt. Ob der Selbstmord Bureschs auf Fakten, die im Laufe dieses Prozesses bekannt wurden, zurückzuführen ist, ist unbekannt.

Noch ein Hinweis auf eine mögliche Verstrickung Bureschs in den Phönix-Skandal: Der ehemalige kaiserliche Minister und Notenbankpräsident Alexander Spitzmüller, der während der Krise der Creditanstalt 1931/32 durch mehrere Monate als Generaldirektor fungierte, erinnerte sich an eine auffallende Einmischung des damaligen Bundeskanzlers Buresch und des als Innenminister für Versicherungsfragen zuständigen Vizekanzlers Winkler in der Frage der starken Verschuldung der Phönix bei der Creditanstalt: „Hier beantragten die beiden Herren in einer mir sachlich unverständlichen Weise ein sehr mildes Vorgehen ...“ Es kam zu einigen Auseinandersetzungen, schließlich setzten sich Kanzler und Vizekanzler durch und verhinderten eine Klärstellung der Bilanzlage der Phönix. Spitzmüller weiter: „Die Aufklärung des sonderbaren Verhaltens der Regierung in der fraglichen Angelegenheit wurde mir im Jahre 1933 durch einen Zufall verschafft. Es ergab sich, dass maßgebliche Regierungsmitglieder in der Phönix in einer nicht näher zu erörternden geschäftlichen Verbindung gestanden waren.“ Über die konkret gemeinten Personen und die Natur dieser geschäftlichen Verbindung will Spitzmüller in seinen im hohen Alter verfassten und 1955 posthum erschienenen Erinnerungen leider nichts preisgeben. (Spitzmüller, Alexander: „... und hat auch Ursach, es zu lieben“. Wien 1955. S. 366–368.)